



FONDATION ASSURER L'AVENIR
DES GENS DU VOYAGE SUISES
FONDAZIONE UN FUTURO
PER I NOMADI SVIZZERI



Jahresbericht 2008

Rapport annuel

Rapporto di gestione



Jahresbericht 2008	3
Rapport annuel 2008	15
Rapporto di gestione 2008	27

Jahresbericht 2008

Organe der Stiftung

Stiftungsrat

Präsident

Werner Niederer*	a. Regierungsrat des Kantons Appenzell-Ausserrhoden	Herisau AR
------------------	--	------------

Mitglieder des Stiftungsrates

May Bittel*	Zigeunermission	Versoix GE
Claudio Candinas	Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit des Kantons Graubünden	Chur GR
Paul Fink, Dr. phil.*	Bundesamt für Kultur	Bern BE
Max Gisler, Dr. iur.	Gemeinderat	Steinhausen ZG
Daniel Huber	Radgenossenschaft der Landstrasse	Balsthal SO
Robert Huber*	Radgenossenschaft der Landstrasse	Zürich ZH
Johann Moser bis 31.12.2008	Radgenossenschaft der Landstrasse	Geuensee LU
Martin Vinzens	Bundesamt für Raumentwicklung	Bern BE
Marco Waser bis 30.4.2008	Radgenossenschaft der Landstrasse	Chur GR
Ursula Waser ab 1.10.2008	Radgenossenschaft der Landstrasse	Holderbank AG
Maria-Luisa Zürcher	Schweizerischer Gemeindeverband	Schönbühl BE

*) Mitglieder des Ausschusses

Kontrollstelle

Eidgenössische Finanzkontrolle, Bern

Geschäftsstelle

Urs Glaus, Dr. iur., Rechtsanwalt, Marktplatz 4, Postfach, 9004 St.Gallen

Tel. 071 227 25 25, Fax 071 227 25 26

urs.glaus@scheiwilerjoos.ch, www.stiftung-fahrende.ch

Rückblick

Fahrende und Sesshafte – spannungsvolles Zusammenleben

Früher sagte man: "Häng die Wäsche rein, die Zigeuner kommen!" So sagte man, als die Welt noch voller Vorurteile gegen Fahrende war. Und heute?

Eine Umfrage eines Landesverbandes deutscher Sinti und Roma ergab, dass auch heute noch mit "Sinti" und "Roma" Begriffe wie "fahrendes Volk" und "Diebe" in Verbindung gebracht werden. An der Umfrage unter Lehrern nahmen nur rund 20 % der Lehrpersonen teil. Das Thema "Fahrende", ihre Geschichte, ihre Lebensweise, wird im Schulunterricht kaum behandelt. Eine ältere Studie in Deutschland aus dem Jahre 1992 ergab, dass 64 % der befragten Personen eine negative Meinung über Roma und Sinti hatten. 68 % der Befragten würden Fahrende als Nachbarn ablehnen. Die Erfahrungen in Deutschland dürfen auf die Schweiz übertragen werden.

Bezeichnend erscheint auch die Reaktion eines statistischen Amtes auf die Anfrage des Geschäftsführers der Stiftung nach Daten über Jenische. Das Amt verwies spontan an die Polizei! Es erstaunt denn auch nicht weiter, dass sich ein führender Kantonalpolitiker und Rechtsanwalt gegen einen Durchgangsplatz in der Nähe seines Hauses, allerdings in der Nachbargemeinde, mit dem Argument wehrt, er sei nicht gegen Fahrende, er sei nur dagegen, dass dem Teil der Stadt, in welchem er wohne, immer nur Lasten aufgebürdet würden. Kurz also: Wir haben nichts gegen Fahrende, sie sind aber eine Belastung.

Lassen sich Vorurteile überhaupt abbauen? Albert Einstein war der Meinung, dass es leichter sei, ein Atom zu zertrümmern als ein Vorurteil. Ein Vorurteil gilt als umso schwerer abbaubar, je stärker es emotional besetzt und für das Selbstverständnis einer Person oder Personengruppe oder für die Absicherung der gesellschaftlichen Position von Bedeutung ist. Zum Abbau von Vorurteilen tragen gute soziale Kontakte bei. Mehrheit und Minderheit müssen sich "auf gleicher Augenhöhe" begegnen können, und es ist an der Mehrheit, der Minderheit ein Miteinander zu ermöglichen. Politik, Medien und Wirtschaft tragen eine hohe Verantwortung dafür, dass ein positives öffentliches Klima entsteht. Ein vorbehaltloses Bekenntnis in Politik, den Medien und der Wirtschaft zur Vielfalt von Lebensweisen und Lebensstilen ist von grosser Bedeutung.

Auch Aufklärung und Wissensvermittlung über die Fahrenden kann zum Abbau von Vorurteilen beitragen. Das bedingt aber mindestens die Bereitschaft der Mehrheit, zuzuhören und die Information überhaupt entgegenzunehmen.

Die Mehrheit der sesshaften Bevölkerung darf nicht bei der Frage stehen bleiben, wie sie "besser" mit den Fahrenden umgehen soll. Im Vordergrund müssen vielmehr die Fragen stehen, weshalb die sesshafte Mehrheit die Fahrenden ausgrenzt und zwischen der sesshaften Mehrheit und fahrenden Minderheit unterscheidet. Es gilt, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen und sensibel für das vermeintlich Eigene und das angeblich Fremde zu werden.

"Vorurteil" lässt sich so definieren: Von andern ohne ausreichende Begründung schlecht denken. Die andern sind in diesem Fall die Fahrenden, die Jenischen, eine ethnische Minderheit, der mit Antipathie oder negativer oder ablehnender Haltung begegnet wird. Die Vorstellungen über die Fahrenden als die Opfer von Vorurteilen beruhen auf Eigenschaften, die ihnen von vornherein zugeschrieben werden und die sich aufgrund der starren Verallgemeinerung und emotionalen Erstarrung selbst bei widersprechender Erfahrung nur schwer korrigieren lassen.

Fahrende sind in besonderem Mass von Vorurteilen betroffen. Da die Sesshaften sozial, politisch, wirtschaftlich und zahlenmässig gegenüber den Fahrenden eine überlegene Stellung einnehmen, tragen sie entsprechend grosse Verantwortung dafür, Vorurteile zu erkennen und sie abzubauen. Die Stiftung fordert auf, sich der Bedeutung der Vorurteile gegenüber den Fahrenden bewusst zu werden und den Fahrenden bewusst den Raum zuzugestehen, auf den nach unserem Selbstverständnis jeder Einzelne und jede Minderheitengruppe Anspruch hat. Die Fahrenden beanspruchen im Wesentlichen nur eine ausreichende Anzahl von Stand- und Durchgangsplätzen, die zusammengezählt auf die ganze Schweiz verteilt eine Grössenordnung von 15 bis 20 Hektaren Land ausmacht.

Jahresbericht

Öffentlichkeitsarbeit

Die Stiftung wurde am 1. Mai 1997 gegründet. Anlässlich der Jubiläumsfeier vom 17. Januar 2008 hat die Stiftung **Frau alt Bundesrätin Ruth Dreifuss** einen **Anerkennungspreis** verliehen. Wie Herr Nationalrat Toni Bortoluzzi in seiner Laudatio für die Preisträgerin hervorhob, war Frau Dreifuss in hohem Masse sensibel für Anliegen von Minderheiten. Sie setzte sich mit den Anliegen der Fahrenden intensiv persönlich auseinander, interessierte sich für Kontakte mit den Fahrenden und beschäftigte sich mit ihren Bedürfnissen, ihrer Lebensform und Kultur. Ein besonderes Anliegen war Frau Dreifuss die historische Aufarbeitung von Verfehlungen gegenüber Fahrenden. Sie wollte Transparenz schaffen, um zu sensibilisieren, zu bekennen, in Zukunft Ähnliches zu verhindern und Vorurteile gegenüber den Fahrenden abzubauen. Dass die Anliegen der Fahrenden heute besser zur Kenntnis genommen werden, ist auch aus der Sicht von Herrn Nationalrat Bortoluzzi ein Verdienst von Frau Dreifuss. Sie habe wesentlich zu guten Voraussetzungen für ein respektvolles Zusammenleben von Sesshaften und Fahrenden beigetragen. In Anerkennung ihrer Verdienste überreichte er Frau alt Bundesrätin Dreifuss ein Bild von Max Läubli, Claro TI, einem Künstler, der den Fahrenden sehr nahe steht und als Vertreter der Fahrenden über mehrere Jahre Mitglied des Stiftungsrates war.

Am 18. April 2008 führte die Stiftung eine **Tagung** zum Thema "**Ehemalige Militärareale – Chance für die Fahrenden**" durch. Als Referenten hatten Herr Dieter Juchli von armasuisse/VBS, Herr Ermete Gauro als Präsident der Commissione nomadi des Kantons Tessin, Herr Ueli Strauss, Leiter des Amtes für Raumentwicklung des Kantons St.Gallen, Herr Beat Bürgler, Gemeindepräsident von Schwyz, Herr Christian Theus, Gemeindepräsident von Bonaduz GR, und Herr Nicolas Deiss, damals Oberamtmann (Préfèt) des Saane-Bezirks, Kanton Freiburg, gewonnen werden können. Die Referenten legten aus je unterschiedlicher Sicht dar, dass es dringend nötig sei, Plätze für Fahrende zu schaffen, und dass das Angebot von Militärarealen eine von mehreren Möglichkeiten dafür sei. Alle Referenten erkannten Vorurteile und auf Vorurteilen beruhenden fehlenden politischen Willen als Haupthindernis zur rascheren Schaffung von Plätzen für Fahrende. Die Tagungsteilnehmer verabschiedeten deshalb einen Forderungskatalog zuhanden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden mit der Aufforderung, rascher zur Schaffung von Plätzen beizutragen. Die Forderungen der Ta-

gungsteilnehmer sind im Anhang abgedruckt. Sie wurden mit einer Pressemitteilung den Medien zugestellt.

Im Herbst 2008 publizierte Herr **alt Bundesrichter Giusep Nay** im "Kommunal Magazin" einen Aufruf an die Gemeinden, dass es ihre lösbare Aufgabe sei, Plätze für Fahrende zu schaffen. Wenn der entsprechende Wille bestehe, würden die Gemeinden auch geeignete Areale finden. Durch eine rechtzeitige, sachliche Orientierung und ruhige, klare Haltung des Gemeindevorstandes lasse sich das Entstehen von Missstimmung in der Bevölkerung verhindern und auch eine allfällige Volksabstimmung erfolgreich bestehen. Mehrere Beispiele zeigen, dass Plätze für Fahrende problemlos betrieben werden können.

Am 7. April 2008 war in Bern eine Veranstaltung des **Forum Science et Cité** dem Thema Fahrende gewidmet. Im direkten Gespräch mit interessierten Teilnehmern legten Fahrende und Vertreter der Stiftung die Anliegen und Bedürfnisse der Fahrenden dar. Sowohl in den kurzen Referaten wie im direkten Gespräch zwischen Forumsteilnehmern und Referenten wurden auch Berührungspunkte zwischen Fahrenden und Sesshaften angesprochen.

Politische Arbeit

In der Sommersession der Eidgenössischen Räte hatte der Nationalrat die Beratung über den **Entwurf** für ein **Kulturförderungsgesetz** begonnen. Es war geplant, die Beratungen in der Wintersession 2008 fortzusetzen. Sie wurden jedoch auf eine spätere Session verschoben. Die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" und die Radgenossenschaft der Landstrasse sind durch den Gesetzesentwurf betroffen. Art. 15 des Entwurfs enthält die Bestimmung, dass der Bund Organisationen der Fahrenden unterstützen kann; damit würde die Rechtsgrundlage für Finanzhilfen an den Dachverband der Schweizer Fahrenden, die Radgenossenschaft der Landstrasse, geschaffen. Eine Minderheit der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur hat dem Nationalrat beantragt, diese Bestimmung ersatzlos zu streichen. Nach den Übergangsbestimmungen des Entwurfs soll das Bundesgesetz vom 7. Oktober 1994 betreffend die Stiftung "Zukunft für Schweizer Fahrende" aufgehoben werden.

Mit diesem Bundesgesetz und der Gründung der Stiftung wurde ein versöhnlicher Schlusspunkt hinter die Aufarbeitung einer langen und unrühmlichen Geschichte der Verfolgung und Diskriminierung der Fahrenden gesetzt. Das Parlament, dessen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit und der Bundesrat haben immer wieder an die Verantwortung gegenüber der kulturellen Minderheit der Fahrenden appelliert. Es würde der bisherigen Politik des Parlaments und des Bundesrates widersprechen, wenn das Bundesgesetz zur Einrichtung

und Finanzierung der Stiftung aufgehoben würde. Gegenüber der nationalen Minderheit der Fahrenen wäre dies politisch und rechtlich ein massiver Rückschritt, der umso mehr ins Gewicht fallen würde, als die Kantone und Gemeinden die prekäre Platzsituation der Fahrenen bis heute immer noch nicht entscheidend verbessert haben. Der Bundesrat hatte in seinem Bericht an das Parlament vom Oktober 2006 betreffend die Situation der Fahrenen in der Schweiz anerkannt, dass die Stiftung wertvolle und gute Arbeit leistet. Auch in den Berichten der Schweiz zur Umsetzung des Rahmenübereinkommens des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten wies der Bundesrat immer auf die Tätigkeit der Stiftung im Auftrag des Bundes hin. Die Stiftung nimmt denn auch eine wichtige Koordinationsfunktion wahr; diese ist in der Zusammensetzung des Stiftungsrates abgebildet, wo je zwei Vertreter des Bundes, der Kantone und der Gemeinden Einsitz nehmen sowie fünf Vertreter der Fahrenen. Die Stiftung hat sich an die Mitglieder des Nationalrates gewendet und darum ersucht, Art. 15 des Kulturförderungsgesetzes in der Fassung der vorberatenden Kommission zu belassen und das Bundesgesetz vom 7. Oktober 1994 nicht aufzuheben.

Im Jahre 1998 hatte die Schweiz das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. **Das Ministerkomitee des Europarats** hat den zweiten Überwachungszyklus zur Umsetzung des Abkommens in der Schweiz am 19. November 2007 mit der Verabschiedung einer **Resolution** abgeschlossen. In dieser Resolution (siehe <http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/eu/euroc/coeusw/coswtr.html>) regt das Ministerkomitee bezüglich der Situation der Fahrenen an, dass die Behörden zusätzliche Massnahmen v.a. im gesetzgeberischen Bereich ergreifen und die Mitwirkungsmechanismen für die Fahrenen verbessern sollen. Dieser Resolution liegt der Bericht (Gutachten) des Beratenden Ausschusses für das Rahmenübereinkommen zugrunde. Der Beratende Ausschuss ist ernsthaft besorgt über die indirekten Diskriminierungen, denen die Fahrenen nach wie vor im raumplanerischen, baupolizeilichen und gewerbepolizeilichen Bereich zum Opfer fallen, indem die Besonderheiten ihrer Kultur und ihrer Lebensform gar nicht wahrgenommen und in Betracht gezogen werden. Der Beratende Ausschuss hält die Situation der Fahrenen für besorgniserregend, weil die Fahrenen ihre Kultur und die wesentlichen Bestandteile ihrer nomadischen oder halbnomadischen Lebensform im gegenwärtigen institutionellen und gesetzgeberischen Rahmen nur mit Schwierigkeiten pflegen und weiterentwickeln können. Der Beratende Ausschuss bemängelt, dass das Bundesrecht den Fahrenen keinen besonderen Status einräumt und es lediglich vereinzelte kantonale Bestimmungen gibt, die bestimmte, die Fahrenen betreffende Fragen regeln. Das wiederum führt zum bei den Fahrenen weit verbreiteten Gefühl, dass ihre Existenz als Bestandteil der Schweizer Bevölkerung nicht wirklich anerkannt werde. Und dieses Gefühl wiederum wird mit den Auswirkungen der Verfolgungen in Zusammenhang gebracht, unter denen die Fahrenen in der Schweiz zu leiden hatten. Der

Beratende Ausschuss hat festgestellt, dass beide Studien der Stiftung betreffend "Fahrende und Raumplanung" aus den Jahren 2001 und 2006 wertvolle Hinweise auf die in den kommenden Jahren zu ergreifenden Massnahmen liefern. Er ruft die Verantwortlichen aller Staatsebenen dazu auf, "der Verwirklichung der in dieser Studie festgehaltenen Zielsetzung grösste Aufmerksamkeit zu schenken". Die Resolution und der Bericht (Gutachten) des Beratenden Ausschusses nehmen Vorschläge der Stiftung auf, welche sie der Delegation des Europarates im Hearing vom 19. November 2007 unterbreitet hatte. Die Stiftung sieht sich in ihrem Wirken für die Fahrenden durch die Resolution des Ministerkomitees des Europarats bestätigt.

Ende 2007 wurde das vom Nationalfonds unterstützte **Forschungsprojekt NFP 51 "Integration und Ausschluss"** abgeschlossen. Früher standen die Aktivitäten des von der Pro Juventute betriebenen "Hilfswerks Kinder der Landstrasse" im Zentrum. Die neuen Forschungsergebnisse zeigen nun, dass die Wegnahme von Kindern und deren Fremdplatzierung nicht Einzelfälle waren, sondern dies während rund 50 Jahren ein Massenphänomen war. Auftraggeber waren nicht nur die Gemeinwesen, aktiv tätig waren nicht nur Pro Juventute, sondern auch andere Beauftragte, und Opfer waren auch nicht allein Fahrende. Noch immer ist vieles nicht aufgearbeitet.

Das Rätische Museum in Chur veranstaltete von Mitte September 2008 bis Ende Januar 2009 eine Ausstellung **"'Puur' und 'Kessler' – Sesshafte und Fahrende in Graubünden"**. "Puur" und "Kessler" lautete die jenische beziehungsweise die nicht-jenische Bezeichnung für die jeweils anderen: "Puur" war die jenische Bezeichnung für die sesshafte Bevölkerung, "Kessler" die Berufsbezeichnung des Pfannenflickers und wurde verallgemeinernd auf die fahrende Minderheit angewendet. Deren Lebensweise galt als unvereinbar mit den herrschenden Gesellschaftsidealen. Die Ausstellung beleuchtete die Beziehungen zwischen Fahrenden und Sesshaften in Graubünden, wo besonders viele Fahrende lebten und noch leben. Gezeigt wurden das Zusammenleben und -arbeiten ebenso wie die Diskriminierung, mit welcher die Fahrenden konfrontiert waren. Deren Höhepunkt stellten auch in Graubünden die systematischen Kindswegnahmen durch das "Hilfswerk Kinder der Landstrasse" dar. Von den insgesamt 586 betroffenen Kindern stammten 294 aus Graubünden.

Weitere Bemühungen um Plätze

Seit 1998 arbeitet die Stiftung mit dem VBS, heute **armasuisse**, in einer Arbeitsgruppe zusammen, damit der Auftrag des Bundesrates, Plätze für Fahrende auf ehemaligen Militärarealen zu schaffen, im Rahmen des Angebots, das der Bund machen kann, möglichst erfolgreich umgesetzt werden kann. Die Stiftung stellt durchaus Bereitschaft einzelner Kantone und

Gemeinden fest, Angebote des Bundes wahrzunehmen. Bis heute ist der Erfolg gering geblieben. Es sollten aber weitere Kantone Angebote des Bundes nutzen und auf ehemaligen Militärbereichen oder Teilen davon Plätze für Fahrende schaffen. Die Stiftung ist bei mehreren Kantonsregierungen in diesem Sinn vorstellig geworden.

Der Kanton St.Gallen hat in den Jahren 2004 bis 2006 ein breit abgestütztes Konzept über die Schaffung von Durchgangsplätzen im ganzen Kantonsgebiet erarbeitet. Die Umsetzung, die vom kantonalen Amt für Raumplanung geleitet wird, ist im Gang. Ein erster Platz auf einem ehemaligen Militärgelände steht vor der Realisierung. Gegen die Umzonung eines weiteren geeigneten Geländes wird von Anstössern entgegengehalten, dass dem entsprechenden Teil der Gemeinde "alle Lasten aufgebürdet würden". Die Argumentation zeigt, dass insbesondere von den Fahrenden und ihren Organisationen Aufklärungsarbeit zu leisten ist, damit das Zusammenleben von Sesshaften und Fahrenden nicht als Last, sondern als normales und übliches Zusammenleben von Menschen mit geringfügig unterschiedlichen kulturellen Lebensgestaltungen erfahren werden kann.

Die Behörden der Stadt St.Gallen werden im Laufe des Jahres 2009 dem Stadtparlament eine Umzonung eines Grundstücks beantragen, auf welchem ein Standplatz eingerichtet werden soll. Die Vorbereitungs- und Planungsarbeiten stehen vor dem Abschluss.

In den Kantonen Zürich und Aargau sind ähnliche kantonale Konzepte für Durchgangs- und Standplätze ausgearbeitet worden wie im Kanton St.Gallen.

Im Kanton Zug stimmte der Kantonsrat am 29. Mai 2008 einem Kredit von 850'000 Franken zum Bau eines Durchgangsplatzes zu. Das Referendum gegen den Beschluss wurde nicht ergriffen.

"Spontaner Halt"

"Spontaner Halt" ist die Erlaubnis privater Grundeigentümer, dass Fahrende im Einzelfall während begrenzter Zeit und gegen Entgelt Fahrzeuge abstellen und sich auf dem privaten Grundstück aufhalten dürfen. Da mehr offizielle Stand- und Durchgangsplätze erforderlich als vorhanden sind, ist der Spontane Halt für die Fahrenden wichtig, damit sie nach ihrer Tradition leben und arbeiten können. Der Stiftung sind keine Bestimmungen bekannt, welche den Spontanen Halt verbieten würden; Camping-Reglemente sind nicht anwendbar. Falls in einzelnen Kantonen oder Gemeinden solche Bestimmungen existieren würden, fordert die Stiftung dazu auf, sie zu ändern.

Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern der Stiftung

Die Stiftung arbeitet intensiv mit der Dachorganisation der Fahrenden zusammen, der Radgenossenschaft der Landstrasse. Im Jahre 2008 wurde in der französisch-sprachigen Schweiz die "Association Yenisch Suisse" gegründet. Die Stiftung und die Radgenossenschaft der Landstrasse haben mit der Association Kontakt aufgenommen und suchen eine gemeinsame Basis für eine fruchtbare Zusammenarbeit im Interesse aller Fahrenden.

Stiftungsrat

Im Jahre 2008 ist der Stiftungsrat zu vier Sitzungen zusammengekommen. Die Mitglieder des Stiftungsrates haben in mehreren Arbeitsgruppen Projekte der Stiftung ausgearbeitet und begleitet.

Auf Ende April 2008 hat Herr Marco Waser, Vertreter der Fahrenden im Stiftungsrat, seinen Rücktritt aus dem Stiftungsrat erklärt. Seine Nachfolgerin ist ab 1.10.2008 Frau Ursula Waser, Holderbank. Frau Waser ist eine engagierte Vertreterin der Anliegen der Fahrenden und leitet die Stiftung "Naschet Jenische".

Auf Ende Dezember 2008 ist auch Herr Johann Moser-Graf, Geuensee, ebenfalls ein Vertreter der Fahrenden, aus dem Stiftungsrat zurückgetreten.

Stiftungsaufsicht und Eidgenössische Finanzkontrolle

Die Finanzen der Stiftung sind von der Eidgenössischen Finanzkontrolle als Revisionsstelle der Stiftung geprüft worden. Am 7. Mai 2009 hat sie dem Stiftungsrat mitgeteilt, dass die Rechnung 2008 und die Buchhaltung den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und sie dem Eidgenössischen Departement des Innern, welches die Aufsicht über die Stiftung ausübt, die Genehmigung der Jahresrechnung beantrage.

Die Eidgenössische Stiftungsaufsicht hat den Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle und den Jahresbericht der Stiftung am 20. Juli 2009 zur Kenntnis genommen.

Jahresrechnung und Bilanz 2008

Erfolgsrechnung 2008	Aufwand	Ertrag
Beiträge Bund		154'900.00
Zinsertrag und realisierte Kursgewinne		13'744.80
Neutrale Rechnung	180'865.65	
Beiträge	4'524.00	
Publikationen	3'663.00	
Honorare	62'658.90	
Sitzungsgelder und Spesen	29'063.00	
AHV-Beiträge	1'687.90	
Courtage/Umsatzabgabe usw.	1'784.30	
Jahresbericht	4'889.60	
Revisionsstelle	2'136.80	
Buchhaltungsstelle	6'159.25	
Information Öffentlichkeit	25'726.55	
Verwaltungsaufwand	5'018.55	
Verlust 2008		159'532.70
	328'177.50	328'177.50

Bilanz 2008	Aktiven	Passiven
Umlaufvermögen	319'214.70	
Wertschriften	626'702.10	
Kurzfristiges Fremdkapital		17'935.60
Kursschwankungsreserve		219'000.00
Rückstellungen		64'100.00
Stiftungskapital	1'000'000.00	
Verlustvortrag	– 355'118.80	644'881.20
	945'916.80	945'916.80

Anhang

"Ehemalige Militärareale – Chance für die Fahrenden"

Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung der Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende vom 18. April 2008

Präambel

Die Bereitstellung von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende ist eine gemeinsame Aufgabe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Der Bund soll die Einrichtung von Stand- und Durchgangsplätzen aktiv fördern und die Kantone und Gemeinden dabei unterstützen.

Forderungen an den Bund

- Das VBS (vertreten durch armasuisse) überlässt in jedem Kanton Grundstücke oder Teile von Grundstücken aus dem Dispositionsbestand dem Kanton oder der Standortgemeinde zu einem dieser Nutzung entsprechenden Schätzungspreis mit der Auflage, dass darauf kurzfristig Stand- oder Durchgangsplätze geschaffen werden.
- Das VBS überlässt in den Kantonen, in denen keine Grundstücke aus dem Dispositionsbestand zur Verfügung stehen, Teile von Grundstücken im Kernbestand zur Nutzung als Durchgangsplätze.

Forderungen an die Kantone und Gemeinden

- Die Kantone sehen die Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen für Fahrende im Richtplan vor, erstellen organisatorische Konzepte für deren Realisierung und unterstützen die Gemeinden bei der Finanzierung der Erstellung und bei der Abgeltung von ungedeckten Betriebskosten.
- Die Kantone realisieren im Zusammenwirken mit den Gemeinden kurzfristig die nötigen Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende.
- Die Kantone und Gemeinden dulden den Spontanen Halt von Fahrenden auf privaten Grundstücken, wenn deren Eigentümer ihnen den Aufenthalt gestatten.

Rapport annuel 2008

Organes de la Fondation

Conseil de Fondation

Président

Werner Niederer*	Ancien Conseiller d'Etat du Canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures	Herisau AR
------------------	--	------------

Membres du Conseil de Fondation

May Bittel*	Mission tsigane	Versoix GE
Claudio Candinas	Département de Justice, Police et Santé du Canton des Grisons	Coire GR
Paul Fink, Dr phil.*	Office fédéral de la culture	Berne BE
Max Gisler, Dr en droit	Conseiller municipal	Steinhausen ZG
Daniel Huber	Radgenossenschaft der Landstrasse	Balstahl SO
Robert Huber*	Radgenossenschaft der Landstrasse	Zurich ZH
Johann Moser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Geuensee LU
	jusqu'au 31.12.2008	
Martin Vinzens	Office fédéral de l'environnement territorial	Berne BE
Marco Waser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Coire GR
	jusqu'au 30.4.2008	
Ursula Waser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Holderbank AG
	dès le 1.10.2008	
Maria-Luisa Zürcher	Association des Communes Suisses	Schönbühl BE

*) membres du Comité

Organe de contrôle

Contrôle fédéral des finances, Berne

Secrétariat

Urs Glaus, Dr en droit, avocat, Marktplatz 4, case postale, 9004 St-Gall

Tél. 071 227 25 25, Fax 071 227 25 26

urs.glaus@scheiwilerjoos.ch, www.fondation-gensduvoyage.ch

Rétrospective

Gens du voyage et sédentaires – une cohabitation tendue

Autrefois, l'on disait: "Rentre la lessive, les tsiganes arrivent!" Voilà ce qu'il était courant d'entendre, à l'époque où le monde nourrissait de nombreux préjugés à l'égard des gens du voyage. Qu'en est-il aujourd'hui?

Une enquête d'une association de Sinti et Roms allemands révèle qu'aujourd'hui encore, les "Sinti" ou "Roms" sont associés à des termes tels que "peuple nomade" ou encore "voleurs". Lors de l'enquête organisée au sein du monde scolaire, seuls 20 % des enseignants y ont participé. Le thème des "gens du voyage", leur histoire ou leur mode de vie ne sont guère étudiés en classe. D'après un sondage allemand antérieur, datant de 1992, 64 % des personnes interrogées avaient une opinion négative des Sinti et des Roms. 68 % des sondés refuseraient l'installation de gens du voyage dans leur voisinage. Les expériences en Allemagne peuvent être transposées en Suisse.

La réaction d'un office de statistiques en réponse à une demande du secrétaire général de la fondation relative à des données sur les Yéniches est également frappante. L'office conseilla spontanément de s'adresser à la police! Il n'est donc pas étonnant, dans ces conditions, qu'un leader politique cantonal, et avocat, se positionne contre l'établissement d'une aire de transit à proximité de sa maison, pourtant dans la commune voisine. Il affirme néanmoins ne pas être contre les gens du voyage, mais seulement contre le fait que l'on impose constamment au quartier dans lequel il vit de nouvelles charges. En bref, nous n'avons rien contre les gens du voyage, mais ils sont un poids.

Est-il seulement possible d'éliminer des idées préconçues? Selon Albert Einstein, il serait plus facile de détruire un atome qu'un préjugé. Un préjugé semble d'autant plus difficile à éliminer qu'il est profondément ancré émotionnellement et qu'il importe pour l'image qu'une personne ou qu'un groupe d'individus a de lui-même ou encore pour la protection de leur position au sein de la société. De bonnes relations sociales contribuent à la diminution des préjugés. Majorité et minorités doivent pouvoir se rencontrer "sur un pied d'égalité", et il appartient à la majorité de permettre une telle coopération avec les minorités. La politique, les médias ainsi que l'économie portent une grande responsabilité afin de créer un climat public positif. Il est essentiel d'affirmer de manière inconditionnelle la diversité des modes et des styles de vie dans la politique, les médias et l'économie.

L'éducation et la transmission de savoirs au sujet des gens du voyage peut également participer à l'affaiblissement des préjugés. Toutefois, une disposition minimale de la majorité à écouter et à accepter les informations est nécessaire pour cela.

La majorité de la population sédentaire ne doit pas s'arrêter à la question de savoir comment "mieux" se comporter vis-à-vis des gens du voyage. La question principale est bien davantage de se demander pourquoi la majorité exclut les gens du voyage et crée une différence entre majorité et minorité. Il s'agit d'avancer les points communs au premier plan et de devenir attentif à la familiarité de ce qui nous semble propre et aux présumés éléments étrangers de l'autre.

Voici comment l'on pourrait définir un préjugé: penser du mal des autres sans justification suffisante. Les autres sont en l'occurrence les gens du voyage, les Yéniches, une minorité ethnique considérée avec antipathie, retenue ou rejet. Les idées que l'on se fait sur les victimes de préjugés reposent sur des caractéristiques qui leur sont attribuées dès le départ et qui, dû à la généralisation rigide et à la cristallisation émotionnelle, ne se laissent que difficilement corriger, même en cas d'expériences vécues différentes.

Les gens du voyage sont particulièrement frappés de préjugés. La population sédentaire occupant une place supérieure sur les plans social, politique, économique et numéraire par rapport aux gens du voyage, il est donc de sa responsabilité de reconnaître et d'éliminer ces préjugés. La fondation engage chacun à prendre conscience de l'étendue des préjugés vis-à-vis des gens du voyage, et d'accorder sciemment à ces derniers l'espace auquel chaque individu et chaque minorité a droit dans notre conception de soi. Les gens du voyage ne revendiquent pour l'essentiel qu'un nombre suffisant d'aires de séjour et de transit, ce qui représente, répartis sur l'ensemble de la Suisse, une superficie d'environ 15 à 20 hectares.

Rapport annuel

Relations publiques

La fondation fut créée le 1^{er} mai 1997. A l'occasion de son anniversaire, célébré le 17 janvier 2008, la fondation a décerné un **Prix de reconnaissance à Madame Ruth Dreifuss, ancienne Conseillère fédérale**. Comme le souligna le Conseiller national Toni Bortoluzzi lors de son hommage, Madame Dreifuss a montré une attention particulière pour les préoccupations des minorités. Elle s'est personnellement penchée sur ces questions, a noué des contacts avec des gens du voyage et s'est intéressée à leurs besoins, leur mode de vie et leur culture. Le réexamen de l'histoire quant aux manquements à l'encontre des gens du voyage tenait spécialement à cœur à Madame Dreifuss: elle souhaitait établir la transparence, de manière à sensibiliser la population, reconnaître les faits, éviter des événements similaires et diminuer les préjugés à l'égard des gens du voyage. Mme Dreifuss a contribué à ce que les préoccupations des gens du voyage soient aujourd'hui mieux entendues, c'est aussi l'avis de M. Bortoluzzi. Elle s'est engagée pour la création de conditions favorables à une cohabitation respectueuse entre sédentaires et gens du voyage. En signe de reconnaissance pour ses services, il a offert à l'ancienne Conseillère fédérale un tableau de Max Lüubli, Claro (TI), un artiste très proche des gens du voyage qui a siégé durant plusieurs années au sein du Conseil de Fondation, en tant que représentant des gens du voyage.

A partir du 18 avril 2008, la fondation a tenu un **congrès** sur le thème "**Anciens terrains militaires: une opportunité pour les gens du voyage**". Monsieur Dieter Juchli de armasuisse/DDPS, Monsieur Ermete Gauro, Président de la Commissione nomadi du canton de Tessin, Monsieur Ueli Strauss, Directeur du service d'aménagement du territoire du canton de St-Gall, Monsieur Beat Bürgler, Président du Conseil communal de Schwyz, Monsieur Christian Theus, Président du Conseil communal de Bonaduz (GR), et Monsieur Nicolas Deiss, alors Préfet du district de la Sarine (FR), étaient présents en tant que conférenciers. Chacun d'entre eux affirma, de différents points de vue, qu'il était urgent de créer des emplacements pour les gens du voyage, et que les aires militaires désaffectées représentaient une alternative parmi d'autres. L'ensemble des orateurs a reconnu les préjugés ainsi que le manque de volonté politique reposant sur ces préjugés comme obstacle principal pour la création rapide de lieux dédiés aux gens du voyage. Les participants au congrès ont donc adopté un cahier de revendications à l'intention de la Confédération, des cantons et des communes avec la demande expresse de contribuer promptement à la création de ces aires. Les revendications des partici-

pants sont imprimées en annexe. Elles ont été transmises aux médias par le biais d'un communiqué de presse.

A l'automne 2008, Monsieur **Giusep Nay, ancien juge fédéral**, a publié un appel aux communes dans le magazine indépendant "Kommunal Magazin", soulignant qu'il était de leur devoir de concevoir et de réaliser des aires pour les gens du voyage et que cela était tout à fait résolvable. Avec la volonté correspondante, les communes peuvent trouver des sites appropriés. Une communication ouverte, informative et dans les délais, ainsi qu'une attitude calme et claire de la municipalité permettent d'éviter la formation de mécontentement au sein de la population et même de remporter une éventuelle votation populaire. Plusieurs exemples illustrent que des emplacements pour gens du voyage peuvent être gérés sans problème.

Le 7 avril 2008, une manifestation du **Forum Science et Cité**, à Berne, a été dédiée au thème des gens du voyage. Dans un dialogue direct avec des participants intéressés, des représentants de la fondation ainsi que des gens du voyage ont présenté les intérêts et les besoins de ces derniers. Lors des courts exposés tout comme pendant le dialogue direct entre participants au forum et conférenciers, les appréhensions entre nomades et sédentaires ont été abordées.

Activité politique

Lors de la session d'été des deux Chambres, le Conseil national avait débuté la consultation au sujet d'un **projet de loi sur la promotion culturelle**. Il était prévu de poursuivre cette consultation au cours de la session d'hiver 2008. Cependant, elle fut repoussée à une session ultérieure. La fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisse" ainsi que la "Radgenossenschaft der Landstrasse" (l'organisation faîtière d'entraide des Yéniches) sont concernés par le projet de loi. L'article 15 du projet contient une disposition selon laquelle la Confédération peut soutenir des organisations des gens du voyage; cela constituerait une base légale pour des aides financières au profit de l'association faîtière des gens du voyage suisses, la "Radgenossenschaft der Landstrasse". Une minorité de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture a demandé au Conseil national de rayer cette disposition sans substitution. D'après la disposition transitoire de la proposition, la loi fédérale du 7 octobre 1994 relative à la fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisse" devrait être abrogée.

Cette loi fédérale et la création de la fondation ont marqué un point final réconciliateur du réexamen d'une longue et peu glorieuse page de l'histoire de la persécution et la discrimination des gens du voyage. Le Parlement, la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique ainsi que le Conseil fédéral en ont régulièrement appelé à la responsabilité envers la

minorité culturelle des gens du voyage. Abroger la loi fédérale relative à l'aménagement et le financement de la fondation serait en contradiction avec la politique du Parlement et du Conseil fédéral jusqu'à présent. Vis-à-vis de la minorité nationale des gens du voyage, cela représenterait une forte régression politique et juridique, d'autant plus grave que les cantons et les communes n'ont à ce jour toujours pas significativement amélioré la situation précaire des emplacements mis à la disposition des gens du voyage. Dans son rapport (datant d'octobre 2006) relatif à la situation des gens du voyage en Suisse, le Conseil fédéral avait reconnu que la fondation effectuait un travail utile et de qualité. Dans les rapports suisses concernant la mise en œuvre de la Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales, le Conseil fédéral faisait toujours référence à l'activité de la fondation effectuée sur demande de la Confédération. La fondation assure aussi un rôle important de coordination, rôle qui se reflète dans la composition du Conseil de Fondation, incluant deux représentants chacun de la Confédération, des cantons et des communes ainsi que cinq représentants des gens du voyage. La fondation s'est adressée aux membres du Conseil national pour solliciter le maintien de l'article 15 de la loi de promotion de la culture dans la version initiale de la commission d'examen préalable, ainsi que la non-abrogation de la loi fédérale du 7 octobre 1994.

En 1998, la Suisse a ratifié la Convention-cadre du Conseil de l'Europe pour la protection des minorités nationales. **Le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe** a conclu le deuxième cycle de surveillance pour la transposition de la Convention-cadre en Suisse par l'adoption d'une **résolution**, le 19 novembre 2007. Dans cette résolution, (<http://www.eda.admin.ch/eda/fr/home/topics/eu/euroc/coeusw/coswtr.html>), le Comité des Ministres incite les autorités à prendre des mesures supplémentaires, en particulier dans le domaine législatif, et à améliorer les mécanismes de participation pour les gens du voyage. Cette résolution est fondée sur l'avis du comité consultatif pour la Convention-cadre. Le comité est très préoccupé au sujet des discriminations indirectes dont sont victimes les gens du voyages, tant dans les domaines de l'aménagement du territoire, de la police des constructions que des régulations de police du commerce, leurs particularités culturelles et relatives à leur mode de vie n'étant absolument pas perçues ni prises en compte. Le comité consultatif considère la situation des gens du voyage comme inquiétante, car ceux-ci ne peuvent que difficilement entretenir et développer leur culture et les éléments essentiels de leur mode de vie nomade ou semi-nomade dans le cadre institutionnel et législatif actuel. Le comité consultatif déplore que le droit fédéral n'accorde aucun statut particulier aux gens du voyage, et que seules certaines dispositions cantonales éparses traitent de quelques questions spécifiques relatives à eux. Cela conduit donc au sentiment, largement répandu parmi les gens du voyage, que leur présence comme partie intégrante de la population suisse n'est pas réellement reconnue. Ce sentiment est perçu

comme le résultat des persécutions que les gens du voyage ont subies en Suisse. Le Comité a noté que les deux études de la fondation relatives aux "gens du voyage et aménagement du territoire" de 2001 et 2006 comportaient des indications précieuses concernant les mesures à prendre dans les années à venir. Il appelle les responsables de tous les niveaux administratifs à "porter une grande attention à la réalisation des objectifs définis dans cette étude". La résolution, tout comme l'avis du comité consultatif, intègre des propositions de la fondation qui avaient été soumises à la délégation du Conseil de l'Europe lors de l'audition du 19 novembre 2007. A travers la résolution du Comité des Ministres du Conseil de l'Europe, la fondation se voit confirmée dans son action pour les gens du voyage.

Le projet afférent au **programme national de recherche PNR 51 "Intégration et exclusion"** soutenu par le fonds national s'est conclu fin 2007. Précédemment, les activités autour de l'"Œuvre des enfants de la grand-route", menées par Pro Juventute, se trouvaient au cœur de la recherche. Les nouveaux résultats de recherche montrent que les placements d'enfants n'étaient pas des cas isolés, mais au contraire un phénomène de masse pendant près de 50 ans. Les commanditaires n'étaient pas seulement les collectivités publiques, et en dehors de Pro Juventute, d'autres organisations et personnes étaient également actives. Quant aux victimes, il ne s'agissait pas uniquement de gens du voyage. Beaucoup reste encore à éclaircir.

Le Musée rhétique de Coire a organisé une exposition intitulée **"'Puur' und 'Kessler' – Sesshafte und Fahrende in Graubünden"** ("**'Puur'** et '**Kessler'** – **Sédentaires et gens du voyage dans les Grisons**") de mi-septembre 2008 à fin janvier 2009. 'Puur' et 'Kessler' correspondent respectivement à la désignation yéniche et non-yéniche pour les 'autres' selon chaque groupe: 'Puur' est l'appellation yéniche pour la population sédentaire, 'Kessler' celle pour la profession de rétameur, qui fut ensuite appliquée par extension à l'ensemble de la minorité des gens du voyage. Leur mode de vie était considérée comme incompatible avec les idéaux de vie sociale dominants. L'exposition décrit les relations entre les gens du voyage et la population sédentaire dans les Grisons, où vivaient et vivent encore de nombreux gens du voyage. La vie et le travail en commun sont présentés ainsi que les discriminations auxquelles les gens du voyage étaient confrontés. Le placement systématique des enfants à travers l'"Œuvre des enfants de la grand-route" a également marqué le comble des discriminations dans les Grisons. Sur les 586 enfants concernés, 294 provenaient des Grisons.

Efforts pour créer de nouvelles aires

Depuis 1998, la fondation collabore avec le DDPS, aujourd'hui avec **armasuisse**, dans un groupe de travail afin de mettre en œuvre la directive du Conseil fédéral, visant à créer des

emplacements pour les gens du voyage sur des anciens terrains militaires, dans le cadre des propositions de la Confédération. La fondation note une disposition de certains cantons et communes à prendre en compte les propositions de la Confédération. Mais les mises en œuvres réussies demeurent rares à ce jour. Néanmoins, d'autres cantons et communes devraient saisir les offres de la Confédération et créer des emplacements pour les gens du voyage sur d'anciens terrains militaires ou sur des parties d'entre eux. A cette fin, la fondation a pris contact avec différents gouvernements cantonaux.

De 2004 à 2006, le canton de St-Gall a élaboré un concept de création d'aires de transit sur l'ensemble du territoire du canton. Sa mise en œuvre, dirigée par le service cantonal de l'aménagement du territoire, est en cours. Un premier emplacement sur un ancien terrain militaire est sur le point d'être réalisé. Des opposants au reclassement d'une autre zone appropriée prétendent que le quartier de la commune en question serait "constamment accablé de nouvelles charges". Cette argumentation démontre la nécessité d'un travail de sensibilisation spécialement de la part des gens du voyage et de leurs organisations, de sorte que la cohabitation entre sédentaires et gens du voyage ne soit plus ressentie comme une charge, mais comme une coexistence normale et habituelle entre personnes avec des formes de vie légèrement différentes.

Les autorités de la Ville de St-Gall vont proposer un reclassement d'un terrain en 2009 au parlement communal, afin d'y aménager un emplacement. Les travaux de préparation et de planification sont presque terminés.

Des concepts cantonaux similaires à celui de St-Gall, en vue de la création d'aires de transit et d'emplacements, ont été élaborés dans les cantons de Zurich et d'Argovie.

Dans le canton de Zoug, le Conseil cantonal accordé un crédit de 850 000 francs pour la construction d'une aire de transit, le 29 mai 2008. Aucun référendum n'a été lancé contre cette mesure.

Halte improvisée

La "halte improvisée" est l'autorisation individuelle que donne un propriétaire privé à des gens du voyage de stationner leurs véhicules et de séjourner sur son terrain privé, pendant une durée limitée et contre rétribution. Les aires de séjour et de transit officielles étant insuffisantes au regard du besoin, les haltes improvisées représentent une alternative importante pour permettre aux gens du voyage de vivre et travailler selon leurs traditions. La fondation n'est

pas au courant de mesures qui interdiraient la halte improvisée; les règlements des campings ne sont pas applicables. De telles dispositions devaient-elles exister dans certains cantons ou communes, alors la fondation requiert leur modification.

Collaboration avec les principaux partenaires de la fondation

La fondation travaille en collaboration avec l'organisation faîtière des gens du voyage, la "Radgenossenschaft der Landstrasse". En 2008, l'"Association Yénisch Suisse" fut fondée en Suisse romande. La fondation ainsi que la "Radgenossenschaft der Landstrasse" ont pris contact avec cette nouvelle association et élaborent un fondement commun pour une collaboration fructueuse, dans l'intérêt de tous les gens du voyage.

Conseil de Fondation

En 2008, le Conseil de Fondation s'est réuni à quatre reprises. Ses membres ont travaillé et participé en groupes de travail sur différents projets de la fondation.

A la fin du mois d'avril 2008, Monsieur Marco Waser, représentant des gens du voyage, a quitté le Conseil de Fondation. Madame Ursula Waser (de Holderbank) a pris sa suite. Madame Waser est une représentante engagée des intérêts des gens du voyage et dirige la fondation "Naschet Jenische".

A la fin du mois de décembre 2008, Monsieur Johann Moser-Graf (de Geuensee), également représentant des gens du voyage, a quitté le Conseil de Fondation.

Autorité fédérale de surveillance des fondations et Contrôle fédéral des finances

Le contrôle des finances de la fondation a été effectué par le Contrôle fédéral des finances, en tant qu'organe de révision de la fondation. Le 7 mai 2009, il a informé le Conseil de Fondation de la conformité légale de la comptabilité et des comptes 2008 et a recommandé au Département fédéral de l'intérieur, exerçant la surveillance de la fondation, d'approuver les comptes annuels 2008.

L'autorité fédérale de surveillance des fondations a pris connaissance du rapport du Contrôle fédéral des finances et du rapport annuel de la fondation le 20 juillet 2009.

Comptes annuels et bilan 2008

Compte de résultat 2008	Dépenses	Gains
Contributions de la Confédération		154'900.00
Revenus d'intérêt et plus-values de change		13'744.80
Compte neutre	180'865.65	
Contributions	4'524.00	
Publications	3'663.00	
Honoraires	62'658.90	
Jetons de présence et frais	29'063.00	
Contributions AVS	1'687.90	
Courtage / droit de négociation, etc.	1'784.30	
Rapport annuel	4'889.60	
Organe de révision	2'136.80	
Organe de comptabilité	6'159.25	
Relations publiques	25'726.55	
Frais de gestion	5'018.55	
Déficit 2008		159'532.70
	328'177.50	328'177.50

Bilan 2008	Actif	Passif
Capital d'exploitation	319'214.70	
Titres	626'702.10	
Fonds étrangers à court terme		17'935.60
Réserve de fluctuation des cours		219'000.00
Provisions		64'100.00
Capital de la fondation	1'000'000.00	
Perte reportée	– 355'118.80	644'881.20
	945'916.80	945'916.80

Annexe

"Anciens terrains militaires: une opportunité pour les gens du voyage"

Revendications des participants au congrès de la fondation "Assurer l'avenir des gens du voyage suisses" du 18 avril 2008

Préambule

La mise à disposition d'aires de séjour ou de transit pour les gens du voyage est une tâche commune de la Confédération, des cantons et des communes. La Confédération doit encourager activement la création de tels sites et soutenir les cantons et les communes.

Revendication auprès de la Confédération

- Que dans chaque canton, le DDPS lègue au canton ou à la commune siège, pour un prix d'estimation correspondant à l'utilisation prévue, des terrains ou parties de terrain du parc à disposition, avec l'obligation de les transformer en aire de séjour ou de transit dans un bref délai.
- Que, dans les cantons n'ayant aucun terrain du parc à disposition, le DDPS lègue des parties de terrain du parc principal pour les transformer en aire de transit.

Revendications auprès des cantons et communes

- Que les cantons prévoient dans leur plan directeur l'établissement d'aires de transit et de séjour pour les gens du voyage, qu'ils élaborent des concepts organisationnels pour leur réalisation et qu'ils soutiennent les communes lors du financement de l'établissement des aires et lors du remboursement des frais d'exploitation non couverts.
- Que les cantons, en coopération avec les communes, réalisent dans un bref délai les aires de transit et de séjour nécessaires aux gens du voyage.
- Que les cantons et communes tolèrent l'arrêt spontané des gens du voyage sur un terrain privé lorsque le propriétaire de celui-ci l'autorise.

Rapporto di gestione 2008

Organi della Fondazione

Consiglio di fondazione

Presidente

Werner Niederer*	Ex Consigliere di Stato del Cantone Appenzello Esterno	Herisau AR
------------------	---	------------

Membri del Consiglio di fondazione

May Bittel*	Missione dei nomadi	Versoix GE
Claudio Candinas	Dipartimento di giustizia, polizia e sanità del Canton Grigioni	Coira GR
Paul Fink, Dr. phil.*	Ufficio federale della cultura	Berna BE
Max Gisler, Dr. iur.	Consigliere municipale	Steinhausen ZG
Daniel Huber	Radgenossenschaft der Landstrasse	Balsthal SO
Robert Huber*	Radgenossenschaft der Landstrasse	Zurigo ZH
Johann Moser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Geuensee LU
fino al 31.12.2008		
Martin Vinzens	Ufficio federale dello sviluppo territoriale	Berna BE
Marco Waser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Coira GR
fino al 30.4.2008		
Ursula Waser	Radgenossenschaft der Landstrasse	Holderbank AG
dal 1.10.2008		
Maria-Luisa Zürcher	Associazione dei Comuni Svizzeri	Schönbühl BE

*) Membri del Comitato

Ufficio di revisione

Controllo federale delle finanze, Berna

Segreteria

Urs Glaus, Dr. iur., avvocato, Marktplatz 4, casella postale, 9004 San Gallo

Tel. 071 227 25 25, Fax 071 227 25 26

urs.glaus@scheiwilerjoos.ch, www.fondazione-nomadi.ch

Retrospettiva

Nomadi e popolazione sedentaria: una convivenza tesa

Prima si diceva: "Ritira la biancheria stesa, arrivano gli zingari!" Questo capitava di sentire quando c'erano ancora molti pregiudizi contro i nomadi. E oggi?

In un sondaggio d'opinione di uno dei *Landesverbandes deutscher Sinti und Roma* è emerso che ancora oggi in Germania concetti come a "Sinti" e a "Rom" vengono collegati concetti come "gente nomade" e "ladri". Si trattava di un sondaggio fra docenti cui ha preso parte circa il 20 % del corpo insegnante. L'argomento "nomadi", la loro storia e il modo di vita di questa minoranza praticamente non vengono trattati a scuola. Da uno studio anteriore, effettuato sempre in Germania nel 1992, era risultato che il 64 % delle persone intervistate avevano un'opinione negativa di Rom e Sinti e il 68 % degli intervistati si sarebbero rifiutati di avere dei nomadi come vicini di casa. Le esperienze raccolte in Germania possono essere applicate alla Svizzera.

Significativa appare anche la reazione di un ufficio di statistica alla richiesta di dati sugli Jenisch da parte del direttore della Fondazione: la risposta spontanea fu di rivolgersi alla polizia! In tale situazione non stupisce allora nemmeno il fatto che un avvocato e uomo politico di spicco a livello cantonale si impegni contro un'area di sosta temporanea in prossimità di casa sua, per quanto nel comune limitrofo, argomentando di non essere contro i nomadi, ma di essere solamente contrario al fatto che sul quartiere dove abita vengano fatti ricadere ulteriori oneri. Insomma: non abbiamo nulla contro i nomadi, tuttavia essi costituiscono un peso.

È possibile eliminare i pregiudizi? Albert Einstein riteneva che fosse più semplice spezzare un atomo che un pregiudizio. Un pregiudizio è tanto più difficile da demolire quanto più è "carico" dal punto di vista emozionale e rilevante per l'identità culturale di una persona o di un gruppo di persone oppure per garantirne la posizione nella società. Le buone relazioni sociali contribuiscono all'eliminazione dei pregiudizi, maggioranza e minoranza devono potersi incontrare in situazione di parità e spetta alla maggioranza rendere possibile alla minoranza una convivenza. La responsabilità di creare un clima positivo nell'opinione pubblica spetta in primo luogo al mondo politico, ai media e al mondo economico: è di grande importanza che da questi settori venga un riconoscimento privo di riserve della molteplicità dei modi e degli stili di vita.

Anche fare opera d'informazione e divulgare conoscenze sui nomadi può contribuire a ridurre i pregiudizi. Ciò presuppone però la disponibilità della maggioranza all'ascolto e alla ricezione di tali informazioni.

La maggioranza della popolazione sedentaria non può fermarsi alla questione di come trattare "meglio" i nomadi. In primo luogo ci si deve soprattutto interrogare sui motivi per cui la maggioranza emargina i nomadi e in generale sul motivo per il quale pone una distinzione tra maggioranza e minoranza. Si tratta di sottolineare il patrimonio comune e affinare la sensibilità per ciò che ci sembra proprio e per ciò che si presume estraneo nell'altro.

Un pregiudizio si può definire nel seguente modo: pensare male di altre persone senza sufficiente giustificazione. Gli altri in questo caso sono i nomadi, gli Jenisch, una minoranza etnica che verso la quale ci si pone con antipatia oppure con un atteggiamento negativo o di rifiuto. Le idee che ci si fa sulle vittime del pregiudizio si basano su caratteristiche che vengono loro attribuite a priori e che sono difficili da correggere, anche quando l'esperienza le contraddice, in quanto fondate su generalizzazioni fisse e su un irrigidimento emozionale.

I nomadi sono colpiti in modo particolare dai pregiudizi. Proprio poiché la popolazione sedentaria detiene una posizione di superiorità rispetto ai nomadi dal punto di vista sociale, politico, economico e numerico, ad essa spetta anche la grande responsabilità di riconoscere ed eliminare i pregiudizi. La Fondazione esorta rendersi conto della portata dei pregiudizi contro i nomadi e a riconoscere in modo consapevole a questi ultimi lo spazio cui, in base alla nostra coscienza, ogni singolo e ogni gruppo minoritario hanno diritto. Essenzialmente i nomadi rivendicano solo un numero sufficiente di aree di sosta fisse e temporanee la cui superficie, ripartita sull'intera Svizzera, equivarrebbe a circa 15 – 20 ettari di territorio.

Rapporto di gestione

Pubbliche relazioni

La Fondazione è stata creata il 1 maggio 1997. Il 17 gennaio 2008, in occasione delle celebrazioni per il decennale, la Fondazione ha conferito all'**ex consigliera federale Ruth Dreifuss** un **riconoscimento**. Come ha sottolineato nella sua *laudatio* il consigliere nazionale Toni Bortoluzzi, la signora Dreifuss è sempre stata molto sensibile alle esigenze delle minoranze. Si è confrontata personalmente in modo intenso con i problemi dei nomadi, è stata interessata a instaurare contatti con loro e si è occupata dei loro bisogni, del loro modo di vita e della loro cultura. In particolare per la signora Dreifuss era importante la rivisitazione storica delle ingiustizie commesse ai danni dei nomadi: voleva creare trasparenza per sensibilizzare la popolazione, per riconoscere i fatti, per evitare il ripetersi di avvenimenti simili in futuro e per eliminare i pregiudizi contro i nomadi. Oggi si prende atto maggiormente delle esigenze dei nomadi: secondo il consigliere nazionale Bortoluzzi ciò è anche merito della signora Dreifuss, che ha contribuito in modo essenziale a creare buone condizioni per una convivenza di popolazione sedentaria e nomadi fondata sul rispetto reciproco. In riconoscimento dei suoi meriti la Fondazione ha donato all'**ex consigliera federale Ruth Dreifuss** un quadro di Max Läubli, Claro TI, un artista molto vicino ai nomadi e per lunghi anni membro del Consiglio di fondazione come rappresentante dei nomadi.

Il 18 aprile 2008 la Fondazione ha organizzato un **convegno** sul tema "**Aree ex militari: un'opportunità per nomadi**". Come relatori erano stati invitati: Dieter Juchli di armasuisse/DDPS, Ermete Gauro, presidente della Commissione nomadi del Canton Ticino, Ueli Strauss, direttore dell'Ufficio per lo sviluppo territoriale del Canton San Gallo, Beat Bürgler, sindaco di Svitto, Christian Theus, sindaco di Bonaduz GR, e Nicolas Deiss, allora prefetto del distretto della Sarine, Cantone Friburgo. Dai loro diversi punti di vista tutti i relatori hanno illustrato come sia urgente creare aree di sosta per i nomadi e come la vendita di aree militari sia una delle numerose possibilità a disposizione per farlo. L'ostacolo principale per la creazione più rapida di aree di sosta per i nomadi è stato individuato all'unanimità nei pregiudizi e nella mancanza di volontà politica, a sua volta basata su tali pregiudizi. I partecipanti al convegno hanno perciò approvato una lista di rivendicazioni da presentare alla Confederazione, ai Cantone e ai Comuni con l'esortazione a contribuire in modo rapido alla creazione di aree di sosta. Le rivendicazioni dei partecipanti al convegno, stampate in allegato, sono state presentate ai media con un comunicato stampa.

Nell'autunno 2008 l'ex **giudice federale Giusep Nay** ha pubblicato sulla rivista "Kommunal Magazin" un appello ai Comuni in cui sostiene che creare aree di sosta per i nomadi è un loro compito pienamente realizzabile. Se ci fosse la volontà per adempiere tale compito, i Comuni troverebbero anche aree adeguate. Informando la popolazione per tempo e oggettivamente, e assumendo come Municipio un atteggiamento pacato e chiaro si evita l'insorgere di irritazione e si può anche superare con successo un'eventuale votazione popolare. Numerosi esempi dimostrano che le aree di sosta per i nomadi possono essere gestite senza problemi.

Il 7 aprile 2008 a Berna si è svolta una manifestazione del **Forum Science et Cité** dedicata al tema "nomadi". Nel colloquio diretto con partecipanti interessati i nomadi e i rappresentanti della Fondazione hanno illustrato i temi di interesse per i nomadi e le esigenze di questi ultimi. Sia nelle brevi relazioni sia nei colloqui diretti tra i partecipanti del forum e i relatori è stato anche affrontato il tema delle barriere tra nomadi e popolazione sedentaria.

Lavoro a livello politico

Nella sessione estiva del Parlamento federale il Consiglio nazionale aveva iniziato a deliberare sull'**avamprogetto della Legge sulla promozione della cultura**. Le deliberazioni avrebbero dovuto proseguire nella sessione invernale 2008, ma sono state rimandate a una sessione successiva. La Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" e la *Radgenossenschaft der Landstrasse* sono interessate dall'avamprogetto di legge. L'art. 15 dell'avamprogetto contiene la disposizione in base alla quale la Confederazione può sostenere le organizzazioni dei nomadi; in tal modo verrebbe creata una base legale per aiuti finanziari all'associazione mantello dei nomadi svizzeri, la *Radgenossenschaft der Landstrasse*. Una minoranza della Commissione della scienza, dell'educazione e della cultura ha chiesto al Consiglio nazionale di annullare tale disposizione. In base alle disposizioni transitorie della proposta, la Legge federale del 7 ottobre 1994 relativa alla Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" dovrebbe essere abolita.

Con questa legge federale e con la creazione della Fondazione era stato posto un punto finale riconciliatorio alla rielaborazione della lunga e ingloriosa storia della persecuzione e della discriminazione dei nomadi. Il Parlamento, la sua Commissione della sicurezza sociale e della sanità e il Consiglio federale hanno spesso fatto appello alla responsabilità nei confronti della minoranza nazionale costituita dai nomadi. La cancellazione della legge federale che ha permesso la creazione e il finanziamento della Fondazione sarebbe in palese contraddizione con la politica adottata finora dal Parlamento e dalla Confederazione. Si tratterebbe di un rilevante passo indietro nei confronti della minoranza nazionale dei nomadi, sia dal punto di

vista politico sia dal punto di vista giuridico, un passo indietro che sarebbe ancora più grave poiché a tutt'oggi Cantoni e Comuni non hanno ancora agito per migliorare in modo deciso la situazione precaria dei nomadi quanto a spazi abitativi. Nell'ottobre 2006 il Consiglio federale aveva riconosciuto nel suo rapporto al Parlamento sulla situazione dei nomadi in Svizzera che la Fondazione svolge un lavoro utile e prezioso. Anche nei rapporti della Svizzera sull'attuazione della Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali il Consiglio federale ha sempre sottolineato l'attività svolta dalla Fondazione su mandato della Confederazione. La Fondazione svolge un'importante funzione di coordinamento, che si nota anche nella composizione del Consiglio di fondazione, nel quale hanno diritto a un seggio due rappresentanti rispettivamente della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni nonché cinque dei nomadi. La Fondazione si è rivolta ai membri del Consiglio nazionale e li ha pregati di lasciare l'art. 15 della Legge sulla promozione della cultura nella forma proposta inizialmente dalla commissione incaricata dell'esame preliminare e di non abolire la Legge federale del 7 ottobre 1994.

Nel 1998 la Svizzera aveva ratificato la Convenzione-quadro del Consiglio d'Europa per la protezione delle minoranze nazionali. Il 19 novembre 2007 il **Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa** ha concluso il secondo ciclo di sorveglianza dell'applicazione della Convenzione in Svizzera approvando una **risoluzione**. In essa (<http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/eu/euroc/coeusw/coswtr.html>) il Comitato dei Ministri invita le autorità ad adottare ulteriori provvedimenti per quanto riguarda la situazione dei nomadi, tra l'altro in campo legislativo, e a migliorare i meccanismi di partecipazione per i nomadi. La risoluzione citata si basa sul parere del Comitato consultivo per la Convenzione-quadro. Il Comitato consultivo è vivamente preoccupato per le discriminazioni indirette di cui continuano a essere vittime i nomadi nel settore della pianificazione del territorio, della polizia edilizia e della polizia del commercio, poiché in tali settori le particolarità della cultura e del modo di vita dei nomadi non vengono per nulla percepite né tenute in considerazione. Il Comitato consultivo ritiene preoccupante la situazione dei nomadi, poiché nell'attuale contesto legislativo e istituzionale essi possono custodire e sviluppare la cultura nomade e parti essenziali della forma di vita nomade o seminomade solo con difficoltà. Il Comitato consultivo critica il fatto che il diritto federale non conceda ai nomadi uno status speciale e che esistano solo singole disposizioni cantonali che regolamentano questioni particolari inerenti i nomadi. Questo fatto crea presso i nomadi la sensazione diffusa che la loro esistenza come parte integrante della popolazione svizzera non sia vermente riconosciuta. E a sua volta tale sensazione viene collegata al risultato delle persecuzioni di cui hanno sofferto i nomadi in Svizzera. Il Comitato ha constatato che entrambi gli studi della Fondazione "Nomadi e pianificazione del territorio" degli anni 2001 e 2006 forniscono preziose indicazioni sui provvedimenti da adottare negli anni a veni-

re. Il Comitato fa appello alle autorità responsabili a tutti i livelli affinché "accordino la maggiore attenzione possibile alla realizzazione degli obiettivi proposti in tale studio". La risoluzione e il parere del Comitato consultivo riprendono alcune delle proposte presentate dalla Fondazione alla delegazione del Consiglio d'Europa durante l'hearing del 19 novembre 2007. Attraverso la risoluzione del Comitato dei Ministri del Consiglio d'Europa la Fondazione vede riconosciuta la propria azione in favore dei nomadi.

Alla fine del 2007 si è concluso il **programma nazionale di ricerca 51 "Integrazione ed esclusione"**, sostenuto dal Fondo nazionale. Dapprima erano state poste al centro dell'attenzione le attività dell'opera assistenziale *Kinder der Landstrasse* [Bambini della strada], gestita dalla Fondazione Pro Juventute. I risultati delle nuove ricerche mostrano ora che il fatto che i bambini fossero strappati alle famiglie e dati in affidamento costituì per circa cinquant'anni un fenomeno di massa e non insieme di episodi isolati. I mandanti non erano solo gli enti pubblici, gli esecutori erano Pro Juventute, ma anche altri incaricati, e le vittime non sono state solamente i nomadi. Ancora oggi molti fatti non sono stati ricostruiti.

Il Museo retico di Coira ha organizzato da metà settembre 2008 a fine gennaio 2009 la mostra **"Puur e Kessler: popolazione sedentaria e nomadi nei Grigioni"**. Le due definizioni Puur e Kessler erano usate per definire l'"altro" dai rispettivi gruppi: con *Puur* gli Jenisch indicavano la popolazione sedentaria, *Kessler* era il nome che designava il mestiere dello stagnino, ma veniva esteso generalizzandolo all'intera minoranza dei nomadi, il cui modo di vita era considerato incompatibile con gli ideali dominanti della società. La mostra ha messo in luce le relazioni tra questi due gruppi della popolazione nei Grigioni, dove vivevano e vivono ancora molti nomadi. Sono state illustrate la convivenza e la collaborazione, ma anche le discriminazioni con le quali i nomadi erano confrontati. Anche nel Canton Grigioni il peggio fu costituito dal fatto che i bambini furono sistematicamente strappati alle loro famiglie dall'opera assistenziale *Kinder der Landstrasse*: 294 dei 586 bambini coinvolti provenivano dai Grigioni.

Ulteriori sforzi per realizzare aree di sosta

Dal 1998 la Fondazione collabora con il DDPS, oggi **armasuisse**, in un gruppo di lavoro per poter realizzare con successo il mandato del Consiglio federale, vale a dire realizzare aree di sosta per i nomadi su aree ex militari nel quadro dell'offerta della Confederazione. La Fondazione ha constatato la disponibilità di singoli Cantoni e Comuni ad accogliere le offerte della Confederazione. Tuttavia finora il successo è stato scarso. Cionondimeno altri Cantoni dovrebbero sfruttare le offerte della Confederazione e realizzare aree di sosta per i nomadi su

aree ex militari o su parte di esse. A questo fine la Fondazione si è rivolta a numerosi governi cantonali.

Negli anni tra il 2004 e il 2006 il Canton San Gallo ha elaborato un concetto per la creazione di aree di sosta temporanee su tutta l'area del cantone. Ne è in corso la realizzazione sotto la direzione dell'Ufficio cantonale per la pianificazione del territorio. Una prima area di sosta su un'area ex militare sta per essere realizzata. Contro il cambiamento di destinazione di un altro terreno adatto i proprietari dei fondi contigui obiettano che questa parte del Comune "sopporta tutti gli oneri". L'obiezione dimostra che è necessario fare opera di informazione, soprattutto da parte dei nomadi e delle loro organizzazioni, affinché la convivenza di nomadi e popolazione sedentaria non venga vissuta come un peso ma come normale convivenza di persone con modi di vivere leggermente diversi.

Nel corso dell'anno 2009 le autorità della città di San Gallo chiederanno al parlamento cittadino il cambiamento di destinazione di un terreno sul quale dovrebbe essere realizzata un'area di sosta fissa. I lavori preparatori e di progettazione sono quasi terminati.

Nei Cantoni Zurigo e Argovia sono stati elaborati concetti a livello cantonale per aree di sosta fisse e temporanee analoghi a quello del Canton San Gallo.

Nel Canton Zugo il 29 maggio 2008 il Parlamento cantonale ha approvato un credito di 850'000 franchi per la costruzione di un'area di sosta temporanea. Contro la delibera non si è ricorsi a referendum.

Soste spontanee

Una sosta spontanea avviene quando in singoli casi, con il permesso del proprietario, i nomadi possono sostare per un periodo di tempo limitato e a pagamento su un terreno privato dove parcheggiano i propri autoveicoli. Poiché sarebbe necessario un numero maggiore di aree di sosta fisse e temporanee di quelle effettivamente disponibili, le soste spontanee sono importanti affinché i nomadi possano vivere e lavorare in modo conforme alle loro tradizioni. La Fondazione non è a conoscenza di alcuna disposizione che vieti le soste spontanee, né sono applicabili i regolamenti sui campeggi. Se in singoli Cantoni o Comuni esistessero tali disposizioni, la Fondazione esorta a modificarle.

Collaborazione con importanti partner della Fondazione

La Fondazione collabora intensamente con l'associazione mantello dei nomadi, la *Radgenossenschaft der Landstrasse*. Nel 2008 è stata fondata nella Svizzera francese l'*Association Yé-nisch Suisse*. La Fondazione e la *Radgenossenschaft der Landstrasse* hanno contattato l'associazione per cercare una base comune per una fruttuosa collaborazione nell'interesse di tutti i nomadi.

Consiglio di fondazione

Nell'anno 2008 il Consiglio di fondazione si è riunito per quattro sedute. In numerosi gruppi di lavoro i membri del Consiglio di fondazione hanno elaborato e accompagnato i progetti della Fondazione.

Marco Waser, rappresentante dei nomadi nel Consiglio di fondazione, ha annunciato le proprie dimissioni a fine aprile 2008. Gli succederà la signora Ursula Waser di Holderbank. La signora Waser si è sempre impegnata a favore degli interessi dei nomadi ed è direttrice della Fondazione "Naschet Jenische".

A fine dicembre 2008 Johann Moser-Graf, Geuensee, anch'egli rappresentante dei nomadi, ha dato le dimissioni dal Consiglio di fondazione.

Autorità di vigilanza sulle fondazioni e Controllo federale delle finanze

L'attività finanziaria della Fondazione è stata sottoposta a verifica dal Controllo federale delle finanze come organo di revisione della Fondazione. Il 7 maggio 2009 tale organo ha comunicato al Consiglio di fondazione che il bilancio 2008 e la contabilità sono a norma di legge e che richiederà l'approvazione del conto economico da parte del Dipartimento federale dell'interno, al quale compete la vigilanza sulle fondazioni.

L'Autorità di vigilanza sulle fondazioni ha preso atto del rapporto del Controllo federale delle finanze e del rapporto di gestione della Fondazione il 20 luglio 2009.

Conto economico e bilancio 2008

Conto economico 2008	Costi	Ricavi
Contributi Confederazione		154'900.00
Interessi e utili di cambio realizzati		13'744.80
Risultato neutrale	180'865.65	
Contributi	4'524.00	
Pubblicazioni	3'663.00	
Onorari	62'658.90	
Gettoni di presenza e spese	29'063.00	
Contributi AVS	1'687.90	
Courtage/tassa di negoziazione, ecc.	1'784.30	
Rapporto di gestione	4'889.60	
Ufficio di revisione	2'136.80	
Ufficio contabile	6'159.25	
Informazione dell'opinione pubblica	25'726.55	
Spese amministrative	5'018.55	
Perdita d'esercizio 2008		159'532.70
	328'177.50	328'177.50

Bilancio 2008	Attivi	Passivi
Capitale circolante	319'214.70	
Titoli	626'702.10	
Capitale di prestito a breve termine		17'935.60
Accantonamenti al fondo oscillazione cambi		219'000.00
Accantonamenti		64'100.00
Capitale della Fondazione	1'000'000.00	
Perdita riportata	– 355'118.80	644'881.20
	945'916.80	945'916.80

Allegato

"Aree ex militari: un'opportunità per i nomadi"

Richieste delle/dei partecipanti al convegno della Fondazione "Un futuro per i nomadi svizzeri" del 18 aprile 2008

Premessa

La creazione di aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi è compito comune della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni. La Confederazione dovrebbe promuovere attivamente la realizzazione di tali aree, sostenendo a tale scopo Cantoni e Comuni.

Richieste alla Confederazione

- In ogni Cantone il DDPS cede alcune proprietà, o parti di proprietà, del proprio patrimonio immobiliare disponibile al Cantone o al Comune sul cui territorio è situata la proprietà, per un prezzo di stima appropriato a tale utilizzazione, con l'onere di crearvi entro breve aree di sosta fisse o temporanee.
- Nei Cantoni nei quali non ci sono a disposizione proprietà del patrimonio immobiliare disponibile il DDPS concede in uso parti di proprietà del proprio nucleo fondamentale per adibirle ad aree di sosta temporanee.

Richieste a Cantoni e Comuni

- I Cantoni prevedono la creazione di aree di sosta fisse e temporanee per nomadi nel piano direttore, elaborano concetti organizzativi per la realizzazione di tali aree e sostengono i Comuni in relazione ai costi di costruzione e al risarcimento dei costi d'esercizio scoperti.
- I Cantoni realizzano entro breve, in collaborazione con i Comuni, le necessarie aree di sosta fisse e temporanee per i nomadi.
- Cantoni e Comuni tollerano le fermate spontanee di nomadi su terreni privati i cui proprietari permettano tali soste.



Dr. iur. Urs Glaus
Oberer Graben 44
9001 St. Gallen
Telefon 071 222 10 20
Telefax 071 222 10 55
info@gj-anwaelte.ch
www.stiftung-
fahrende.ch
www.fondation-
gensduvoyage.ch
www.fondazione-
nomadi.ch

